

## ES STAND IN DER OP

## Vor 10 Jahren

**Berlin. Kopfüber gefangen auf dem Rummel**

Der Albtraum jedes Rummelplatzbesuchers ist beim Deutsch-Amerikanischen Volksfest wahr geworden. Das Fahrgeschäft „Stargate“ kam in voller Fahrt plötzlich zum Stehen. 14 Menschen bangten kopfüber hängend in 15 Metern Höhe um ihr Leben und schrien um Hilfe. Erst nach langen 45 Minuten konnten sie gerettet werden. Den Mitarbeitern gelang es schließlich, die Gondel nach unten zu bringen. Augenzeugen berichteten, dass viele Kinder verzweifelt nach ihren in der Höhe gefangenen Eltern gerufen hatten. Nach Angaben der Feuerwehr wurde niemand verletzt.

**Marburg. „Haltloser Dauereinkäufer“ gelobt Besserung**

Zwei Jahre und sieben Monate Haft verhängte das Schöffengericht gegen einen reuigen, aber bereits vielfach vorbestraften Serienbetrüger. Er hatte innerhalb weniger Monate Dutzende hochwertige Waren, vor allem im Internet, bestellt – freilich, ohne sie bezahlen zu wollen oder zu können. Das Gericht würdigte in seiner Strafzumessung das Geständnis des Mannes und den Willen des langjährig Drogensüchtigen, nun sein Leben endlich in den Griff bekommen zu wollen.

## Vor 20 Jahren

**Marburg. Virologe mahnt Impfschutz an**

Nach dem Fall des an Gelbfieber gestorbenen Kameramanns sind nun drei weitere Todesfälle nach Infektionen im Auslandsurlaub bekannt geworden. Zwei Bundesbürger starben nach einer Reise in die Dominikanische Republik an Malaria, ein 17-Jähriger erlag einer Hirnhautentzündung, mit der er sich im Spanien-Urlaub infiziert hatte. „Die Infektionsgefahr ist umso größer, je weiter man in den Süden fährt“, erläutert Professor Werner Slenczka im OP-Gespräch. Der Marburger Virologe rät daher bei Reisen in Länder mit schlechten Hygiene-Verhältnissen zur Vorsicht. Besonders wichtig sei aber die ausreichende Schutzimpfung vor dem Urlaub. „Patienten wie Ärzte sind, was die vorbeugende Medizin anbetrifft, oftmals zu nachlässig“, bemängelt Slenczka.

## Vor 50 Jahren

**Karlsruhe. Für Demonstrationen keine Sonderrechte**

Der Zweite Strafsenat des Bundesgerichtshofes hat es abgelehnt, Studenten bei Demonstrationen, die über ein im Grundrecht der Versammlungsfreiheit gefordertes friedliches Maß hinausgehen, Sonderrechte einzuräumen. Damit hob der Senat ein am 31. Oktober 1968 ergangenes Urteil des Landgerichts Köln auf, das AstA-Mitarbeiter wegen einer Blockade von Straßenbahnschienen nach einer Demonstration gegen die Erhöhung der Straßenbahntarife freigesprochen hatte.

**Marburg. Dregger: Siebte hessische Planungsregion!**

Die Bildung einer siebenten Planungsregion hält der hessische CDU-Landesvorsitzende und Fuldaer Oberbürgermeister Dr. Alfred Dregger (MdL) für möglich. Marburgs Bürgermeister Peters, der den in Urlaub befindlichen Oberbürgermeister Gaßmann vertritt, verwies darauf, daß die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat 1963 beauftragt habe, Vorbereitungen zu einer Planungsgemeinschaft Mittelhessen Marburg-Gießen-Wetzlar zu treffen.

## Irfan will bleiben

Pflege-Azubi aus Pakistan droht offenbar die Abschiebung

Sein Bruder sei in Pakistan getötet worden. Auch er schwebe in Lebensgefahr, wenn er zurückkehren muss, sagt Irfan Mohammad. Nun droht dem angehenden Krankenpflegehelfer offenbar die Abschiebung.

Fortsetzung von Seite 1  
von Nadine Weigel

**Marburg.** Wenn Irfan über seine Patienten spricht, strahlt er übers ganze Gesicht. „Wenn Menschen Schmerzen haben und ich kann ihnen helfen, indem ich singe oder ihnen sage, dass sie keine Angst haben müssen, dann macht mich das sehr glücklich“, betont der 22-Jährige. Lächelnd räumt er Kekse auf den Tisch in dem spärlich eingerichteten Gemeinschaftsraum. Irfan wohnt wie viele andere UKGM-Auszubildende in Pflegeberufen im als „Röpke-Bunker“ betitelten Wohnheim in der Wilhelm-Röpke-Straße.

Er überschlägt sich in seiner Gastfreundschaft. „Das mache ich so gerne, es ist Teil meiner Kultur“, sagt er und schenkt seinem Gast ein Glas Wasser

ein. „Ich kann auch für dich kochen.“ Mark Müller, stellvertretender Vorsitzender der Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) des UKGM, lehnt das Koch-Angebot dankend ab. Er ist da, um dem jungen Pakistani zu helfen. Er will Irfans offenbar drohende Abschiebung verhindern. Der abgelehnte Asylantrag des Regierungspräsidiums Gießen liegt der OP vor. „Irfan hat sich super integriert. Er ist sehr beliebt auf Station. Es wäre fatal, wenn jemand, der sich solche Mühe gibt und aus einer schwierigen Situation kommt, nun wieder in diese schwierige Situation zurück muss“, sagt Müller.

Irfan ist im Jahr 2015 aus Pakistan geflohen. Es gab Probleme, sagt er. Der junge Mann, der eben noch freudig strahlte, als er über seine Arbeit mit Patienten sprach, wird plötzlich ganz ruhig. Er senkt seinen Blick, spricht leise, reibt unentwegt seine Hände.

Die Geschichte, die er aus seiner Heimat erzählt, ist verworren. Sein Vater sei Landwirt gewesen. Mit einem „korrupten Politiker“ habe es Streit um Land gegeben, weshalb sein Bruder ermordet worden sei. Daraufhin habe sein Onkel den angeblich dafür verantwortlichen Politiker getötet und somit wohl eine ganze Partei gegen sich aufgebracht. „Mein Papa hat wegen meinem Onkel ganz viel Geld gezahlt, aber die Polizei hat meinen Onkel trotzdem gehängt“, berichtet Irfan. Er ist sich sicher: Auch er werde getötet, wenn er zurück nach Pakistan muss. „Ich habe Angst um mein Leben.“

Die Tür im Gemeinschaftsraum des Röpke-Bunkers geht auf. „Oh, hallo Irfan, sorry, ich wollte nicht stören“, sagt eine junge Frau lächelnd und schließt die Tür wieder. Irfan ist beliebt, er liebt es, für seine Freunde zu kochen. „Auch auf Station hat er nur gute Bewertungen bekommen“, betont Mark Müller von der JAV. Der 24-Jährige kann nicht verstehen, warum jemand, der so viel Freude an der Krankenpflege hat, offenbar abgeschoben werden soll.

Zwar ist Pakistan noch kein sicheres Herkunftsland, aber das könnte sich bald ändern. Die Bundesregierung möchte Asylverfahren beschleunigen und

mehr Abschiebungen ermöglichen. Deshalb will sie auch mehr Herkunftsländer von Migranten als sicher einstufen – unter anderem auch Pakistan, da es zu den Staaten gehört, die eine Anerkennungsquote von weniger als fünf Prozent haben.

Für Mark Müller wäre eine mögliche Abschiebung Irfans falsch. „Wir haben ein gesamtgesellschaftliches Problem in Krankenhäusern. Allein aufgrund des demographischen Wandels gibt es immer mehr Patienten, aber wir haben immer weniger Personal“, kritisiert Müller. Viele junge Menschen, die in der Pflege anfangen, hören nach fünf Jahren schon wieder auf, weil die Arbeitsbedingungen so schlecht seien. „Wir brauchen solche Menschen wie Irfan dringend, damit wir weiterhin gewährleisten können, dass Patienten menschenwürdig versorgt werden können“, betont Müller.

Irfan sei an der Arbeit sehr freundlich und fleißig. Der 22-Jährige spricht gut deutsch, obwohl er erst 2016 mit einem VHS-Kurs für Deutsch angefangen hat. Er besuchte die Theodor-Heuss-Schule in Wetzlar und hat seinen Hauptschulabschluss anerkannt bekommen. Er hat in kurzer Zeit viel gelernt. Doch er wollte mehr. Wollte Menschen helfen. Irfan ist gläubig, sagt mehrmals, wie dankbar er Gott ist, dass

die Menschen in Deutschland so nett zu ihm sind. Eigentlich ist er Muslim. „Aber ich glaube auch an Jesus“, sagt er. Deshalb habe er sich auch in Wetzlar in einer freien evangelischen Gemeinde engagiert. „Ich lese den Koran und lese auch die Bibel. Letztendlich geht es doch darum, dass wir alle Menschen sind.“

Mit der Ausbildungsstelle zum Krankenpflegehelfer ist für Irfan ein Traum in Erfüllung gegangen. „Ich habe zu Hause in Pakistan schon immer meinem Opa geholfen und wollte so etwas dann hier unbedingt weitermachen“, erzählt er. Doch die einjährige Ausbildung reicht nicht, um in Deutschland zu bleiben. „Diese Ausbildung wird zur Duldung nicht anerkannt“, erklärt Gewerkschafter Müller, der deshalb eine Online-Petition für den 22-Jährigen gestartet hat. 2268 Menschen haben die Petition bislang unterzeichnet. Sie richtet sich an die Härtefallkommission im Hessischen Landtag. Mittlerweile sei die Angelegenheit im Petitionsausschuss angekommen.

Müller hofft, dass sie dort ein wenig ruhen kann. Bis zum 1. Januar 2020. Dann trete eine neue Vorschriftsänderung im Aufenthaltsgesetz in Kraft, die eine einjährige Ausbildung als Duldungsgrund anerkenne. „Darauf hoffen wir“, betont Müller, der Irfan deshalb auch am 21. August nach Wetzlar begleiten will. Dann nämlich hat Irfan einen Termin in der Ausländerbehörde. „Er hat Angst, dass er dann dort festgenom-

Irfan Mohammad (22) strahlt, wenn er an seine Ausbildung am UKGM denkt. Aber seine offenbar drohende Abschiebung belastet ihn sehr.

Fotos: Nadine Weigel

„Wir brauchen Menschen wie Irfan dringend in der Pflege.“

Mark Müller,  
Auszubildendenvertretung  
am UKGM Marburg

## ABSCHIEBUNGEN

Insgesamt wurden im vergangenen Jahr 1754 Menschen aus Hessen abgeschoben. Diese Zahl hatte das Ministerium bereits Anfang des Jahres mitgeteilt. 2462 Menschen reisten freiwillig aus. Im Jahr 2017 waren 1148 Menschen abgeschoben worden, 2908 gingen freiwillig aus. Bei der Zahl der Abschiebungen lag im vergangenen Jahr Algerien (125) vor Albanien (115), Afghanistan (103) und dem Iran (101). Bei den freiwilligen Ausreisen rangierte Albanien (271) vor Serbien (262), dem Irak (177), Mazedonien (174), der Türkei (126) und Pakistan (117).

Insgesamt wurden im vergangenen Jahr 17 220 Asylverfahren in Hessen abgeschlossen. 360 Menschen wurden als Asylberechtigte anerkannt, bei fast 6900 wurde der Antrag abgelehnt. Knapp 9500 erhielten einen Flüchtlingsstatus. 2017 war die Zahl der abgeschobenen Fälle noch mehr als doppelt so hoch gewesen.

Quelle: dpa



Code scannen  
und das Video  
dazu auf dem  
Handy ansehen



Mark Müller, stellvertretender Vorsitzender der Auszubildendenvertretung am UKGM, setzt sich für ein, dass Irfan bleiben darf.